

Ulrike Hauffe

Landesbeauftragte für Frauen des Landes Bremen

03.09.2008

Grußworte

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Linnert, sehr geehrte Frau Arnold-Cramer, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich freue mich – wie auch meine Vorrednerinnen - , dass diese Veranstaltung heute die konkrete Umsetzung des Gender Budgeting in der Bremer Verwaltung einläuten wird.

Die Zusammensetzung derjenigen, die hier Verantwortung übernehmen verheißt einen positiven Blick in die Zukunft der Umsetzung.

Was mich in meiner Funktion als Landesbeauftragte für Frauen betrifft muss ich mich fragen, ob es falsch ist, dass ICH hier stehe. Es ist falsch, dass ich hier stehe, weil damit zu leicht die Interpretation nahe liegt, die Gender Mainstreaming- und Gender Budgeting-Frage sei eine Frauen-Frage. Es ist richtig, dass ich hier stehe, weil die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) mit ihren Mitarbeiterinnen über eine Fülle an Erfahrung und Kenntnissen verfügt zu Gleichstellungsfragen und den Zielen und sich anbietet als beratende Organisation – nicht jedoch als umsetzende.

Die Verteilung von Geld, Macht und Zeit sind Kernfragen auf dem Weg zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wir alle sind verpflichtet, alles was in unseren Möglichkeiten besteht beizutragen, dass wir eine geschlechtergerechte Gesellschaft entwickeln. Heute befassen wir uns mit dem Geld-Schwerpunkt und der

Titel meines Beitrags lautet „Warum Gender **auch** ein Haushaltsthema ist“. Wer bekommt wie viel Geld aus dem großen Topf, und wofür bekommt er oder sie es? Geldverteilung ist auch Machtverteilung.

Wir wissen, dass es in unserer Gesellschaft immer noch eine hierarchische Ungleichverteilung von Geld und Macht gibt. Die Landesregierung und in der Folge dann die Verwaltung handelt durch die Verteilung von Geld – ganz gleich, ob es um Wirtschaftsförderung geht, um Sozialleistungen oder um kommunale und staatliche Aufgaben wie die Kinderbetreuung, die Bildung oder die Stadtreinigung. Wenn wir – nicht nur - von den verschiedenen Haushalten der Ressorts sprechen ist eine Hierarchie zu spüren: von harten und weichen Ressorts , von harten und weichen Standortfaktoren beispielsweise. Die harten Faktoren werden gemeinhin als die wichtigeren von beiden gesehen. Eine ähnliche Beziehung besteht zwischen den investiven und konsumtiven Mitteln. Bei den investiven Mitteln wird Geld z.B. ausgegeben für Straßen und Gebäude – bleibende Werte. Die konsumtiven Mittel dagegen sind zum Verbrauch bestimmt und gehen z.B. in die Gehälter der Lehrkräfte. Die Begriffe legen nahe, dass die investiven Mittel nachhaltig etwas bewirken – deshalb dürfen sie leichter durch Kredite finanziert werden -, während die konsumtiven Mittel eher verpuffen. Gerade das Beispiel der Gehälter von Lehrerinnen und Lehrern zeigt aber, dass auch die konsumtiven Mittel eine Investition in unsere Zukunft darstellen. Deshalb lohnt es sich, die Hierarchie dieses Begriffspaares immer wieder in Frage zu stellen und immer wieder zu antworten auf: Wie wirkt meine Geldinvestition? Führt sie zu einem Mehr oder zu einem Weniger an Gleichberechtigung? Es geht also um die Wirkung staatlicher Mittel.

Lassen Sie mich an einem Beispiel aus der Wirtschaftsförderung aufzeigen, wie gewinnbringend es ist, sich mit der Frage „Wer bekommt wie viel wofür?“ fundiert auseinander zu setzen – um nichts anderes geht es beim Gender Budgeting. Sie

kennen die Bremer Innovationsagentur (BIA), die mittlerweile in der Bremer Investitionsgesellschaft (BIG) aufgegangen ist. Als sich die Abteilungsleiter der BIA auf Wunsch (oder auch Anordnung) ihres damaligen Geschäftsführers mit dem Thema Gender beschäftigten, stellten sie schnell fest, dass die von ihnen ausgeschütteten Mittel der Wirtschaftsförderung so gut wie keine Unternehmerinnen erreichen, sondern hauptsächlich Unternehmern zugute kommen. Frauen wurden also entweder von den betreffenden Ausschreibungen nicht erreicht, oder das Verfahren wirkt so, dass Frauen ausgeschlossen werden. In Unterstellung, dass dieses Ergebnis nicht ein geplantes Ziel war, wurde die Idee geboren ein Programm speziell für Unternehmerinnen aufzulegen, um merken zu können, ob es systematische Fehlbahnungen bei den Ausschreibungen gibt: „Innosteps“. Das Programm sollte dazu dienen, in frauengeführten Unternehmen im Medien- und IT-Bereich Innovationsschritte zu befördern. Bereits in der ersten Runde konnten 16 Projekte gefördert werden. Durch die Förderung wurden 55 Arbeitsplätze gesichert, 36 neue geschaffen. Ein Unternehmen hat sich neu angesiedelt. Gleichzeitig konnte eine Brückenfunktion zu anderen Förderprogrammen der BIA hergestellt werden, weil sich herausstellte, dass einige der Antragstellerinnen mit ihrem Vorhaben in diese Förderprogramme gut reinpassten.

Wir haben mit diesem Programm das Potenzial der frauengeführten Betriebe für unseren Wirtschaftsstandort noch nicht komplett erschlossen. Das Beispiel zeigt jedoch, dass die Instrumente des Gender Mainstreaming und auch des Gender Budgeting einen wichtigen Beitrag dazu leisten,

1. auf dem Weg zur Gleichberechtigung ein Stück weiter zu kommen.
2. die Entwicklung des Bundeslandes Bremen weiter voranzubringen, weil wir spezifische Zielgruppen ins Auge fassen.

3. mit dem vorhandenen – und wir wir ja alle wissen, knappen – Geld eine weit bessere Wirkung zu erzielen als wenn wir mit unserem Haushalt „geschlechterblind“ verfahren.

Ich wünsche Ihnen für die Tagung heute, dass Sie mit vielen praktischen Anregungen nach Hause gehen, wie Gender Budgeting in Ihrem eigenen Arbeitsbereich zur Umsetzung kommt. Ich hoffe, Sie werden motiviert, Ihre Arbeit noch zielgerichteter und damit besser zu machen, denn es gibt keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit – und damit auch keine geschlechtsneutrale Politik und Verwaltung.